

Postulat Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas, SP): Direktaufnahme von Geflüchteten aus Seenotrettungen (2018.SR.000170)

In der Stadtratssitzung vom 16. März 2023 wurde das folgende Postulat erheblich erklärt:

«Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen». Das steht in Artikel 1 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, auch UN-Menschenrechtscharta genannt, die 1948 nach den schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs mit Millionen von Toten und Flüchtlingen verabschiedet worden ist.

Es ist 70 Jahre her, als diese Erklärung formuliert wurde. Doch täglich werden die Menschenrechte missachtet – auch in Europa. Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte besagt, dass jeder das Recht hat, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu erhalten. Jedoch wird vielen Geflüchteten der Zugang zu anderen, sicheren Ländern verunmöglicht. Täglich sterben Menschen im Mittelmeer, beim Versuch in ein sicheres Land zu gelangen. Die europäischen Länder im Süden werden mit den Problemen alleingelassen und schon lange ist eine europäische Lösung überfällig. Schiffe, die zu Seenotrettung bereitstünden, werden daran gehindert auszulaufen bzw. mit geretteten Geflüchteten an Bord in Häfen einzulaufen. Die Menschenrechte werden mit Füßen getreten und ausgehöhlt, obwohl sie von den meisten Nationen ratifiziert worden sind.

Schutzsuchende müssen Zugang haben zu einem fairen und rechtsstaatlichen Verfahren in Europa. Statt nationaler Alleingänge an den Grenzen und in den Häfen bedarf es einer solidarischen Aufnahme, bei der den Staaten an den südlichen Aussengrenzen Europas nicht die alleinige Verantwortung für die Asylsuchenden zugeschoben wird. Die dramatisch zugespitzte Situation am und im Mittelmeer erfordert unsere Solidarität und endlich wirksame Schritte, um Menschen aus Seenot zu retten und ihre Überfahrt in den nächsten europäischen Hafen zu ermöglichen. Danach sollen sie in verschiedene Staaten Aufnahme finden. Wenn selbst wohlhabende Nationen ihre Grenzen für Geflüchtete verschliessen, werden andere Staaten dem Beispiel folgen. Es soll eine verantwortungsvolle Politik der sicheren Fluchtrouten und offenen Häfen in Europa angestrebt und aktiv unterstützt werden.

Mit dem interfraktionellen Postulat (2016.SR.000112) wurde eine «Direktaufnahme von Geflüchteten, jetzt!» bereits verlangt und der Gemeinderat hat sich bereiterklärt, alleine oder im Rahmen bestehender Gefässe beim Bund für die Aufnahme zusätzlicher Resettlement-Flüchtlinge einzusetzen. Auch im Postulat der Freien Fraktion «Die Stadt Bern soll Zufluchtsstadt werden und sich dem europäischen Netzwerk anschliessen» (2016.SR.000268) steht in der Antwort des Gemeinderats, dass das Anliegen von der Städtekonferenz Sozialpolitik aufgenommen worden ist und diskutiert wird.

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, wie er sich über geeignete Gremien, bspw. via Städteverband oder direkten Gesprächen mit dem Bund, dafür einsetzen kann, dass geflüchtete Menschen von den Schiffen im Mittelmeer aufgenommen werden. Bern soll sich dabei in die Reihe von Städten wie Palermo, Berlin, Barcelona, Kiel, Amsterdam, Stockholm und Neapel stellen, um geflüchteten Menschen Schutz zu bieten.

Bern, 30. August 2018

Erstunterzeichnende: Katharina Altas

Mitunterzeichnende: Nadja Kehrli-Feldmann, Peter Marbet, Ayse Turgul, Mohamed Abdirahim, Laura Binz, Bernadette Häfliger, Fuat Köçer, Barbara Nyffeler, Johannes Wartenweiler, Patrizia

Mordini, Marieke Kruit, Lena Sorg, Michael Sutter, Nora Krummen, Edith Siegenthaler, Yasemin Cevik, Benno Frauchiger

Bericht des Gemeinderats

Die Situation an den südlichen Aussengrenzen Europas und um die Mittelmeer-Fluchtrouten hat sich seit Einreichen des Postulats im Jahr 2018 leider nicht verbessert. Gemäss Berichten des UNHCR ist die Zahl der im Mittelmeer gestorbenen Migrantinnen und Migranten im laufenden Jahr stark gestiegen. 2023 wurden bislang so viele Todesfälle im Mittelmeer registriert, wie seit 2017 nicht mehr.

Die Stadt Bern engagiert sich bereits bisher im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten dafür, die Situation von Menschen auf der Flucht zu verbessern und zusätzlich zum definierten Soll Geflüchtete aufzunehmen. Der Gemeinderat hat sich dafür mehrfach sowohl direkt als auch im Rahmen der Städteinitiative Sozialpolitik zusammen mit anderen schweizerischen Städten beim Bund eingesetzt. Im April 2020 haben die acht grössten Schweizer Städte inklusive Bern im Rahmen des sogenannten «Osterappells» ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, Geflüchtete über die bestehenden Verpflichtungen hinaus aufzunehmen. Um diesem gemeinsamen Anliegen Nachdruck zu verleihen, haben sich die Städte zur Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen» zusammengeschlossen. Obwohl diese Städte bereit sind, zusätzliche geflüchtete Menschen unterzubringen und zu betreuen, ist der Bundesrat bis anhin leider nicht auf dieses Angebot eingegangen. Mit der zusätzlichen Aufnahme von Resettlement-Flüchtlingen in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Migration konnte die Stadt Bern im Jahr 2021 zumindest vorübergehend über den kantonalen Verteilschlüssel hinaus Personen auf städtischem Boden unterbringen und Verantwortung übernehmen.

Das vorliegende Postulat überschneidet sich inhaltlich mit dem ebenfalls vom Stadtrat erheblich erklärten Postulat Tabea Rai/Eva Gammenthaler (AL)/Katharina Altas (SP)/Zora Schneider (PdA)/Mohamed Abdirahim (JUSO)/Simone Machado (Gap): Die Stadt Bern wird «Sicherer Hafen». Im Prüfungsbericht zu jenem Postulat kommt der Gemeinderat zu folgenden Schlüssen, die auch für das vorliegende Postulat gelten:

- Der Gemeinderat hat die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) damit beauftragt, ein Geschäft zur Erklärung der Stadt Bern als Sicherer Hafen auszuarbeiten. Die offizielle Erklärung der Stadt Bern als Sicherer Hafen soll einen weiteren Schritt im Engagement der Stadt Bern für sichere Fluchtwege und die Aufnahme von Flüchtlingen darstellen.
- Im Rahmen des genannten «Osterappells» haben die Städte der Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen» letztmals im April 2020 ihre Position und ihre Forderungen öffentlichkeitswirksam zum Ausdruck gebracht. Die Allianz ist nach wie vor aktiv und steht in regelmässigem Austausch. Erneute Solidaritätserklärungen und Positionsbezüge in diesem Rahmen sind auch in Zukunft denkbar. Der Gemeinderat wird gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der Allianz prüfen, welche konkreten nächsten Schritte in der aktuellen Situation sinnvoll und mehrheitsfähig sind. Zudem soll auch im Rahmen der geplanten offiziellen Erklärung der Stadt Bern als Sicherer Hafen die Haltung der Stadt Bern durch entsprechende Kommunikationsmassnahmen zum Ausdruck gebracht werden.
- Die Erfahrungen der Stadt Bern bei der zusätzlichen Unterbringung von Resettlement-Flüchtlingen während der Pandemie im Herbst 2021 waren positiv. Während der ersten Wochen nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs konnte die Stadt Bern zudem Bund und Kantone bei der Erstaufnahme entlasten. So ist es gelungen, die Schutzsuchenden rasch mit dem Wichtigsten zu versorgen. Basierend auf diesen Engagements will die Stadt auch künftig eng mit Bund und Kanton zusammenarbeiten, damit die Herausforderungen im Bereich Migration gut

bewältigt werden können. Im Rahmen der geplanten offiziellen Erklärung der Stadt als Sicherer Hafen soll gegenüber den zuständigen Bundesstellen die Forderung nach einer Stärkung des Föderalismus im Asylbereich durch die Ermöglichung direkter Aufnahmen durch aufnahmewillige Gemeinden und Kantone erneuert werden. Ebenso soll die Bereitschaft der Stadt Bern zur Direktaufnahme von aus Seenot geretteten Personen bekräftigt werden.

Die Stadt Bern engagiert sich seit Jahren für eine menschliche und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik. Der Gemeinderat ist bereit, dieses Engagement auch künftig fortzusetzen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Erklärung als Sicherer Hafen, die entsprechenden kommunikativen Begleitmassnahmen gegenüber der Öffentlichkeit und das Engagement gegenüber dem Bund können im Rahmen des bestehenden Budgets erfolgen. Die Kosten einer allfälligen Direktaufnahme von aus Seenot geretteten Personen hängen von den konkreten Umständen ab und sind aktuell nicht bezifferbar. Nach Auffassung des Gemeinderats sollten die Kosten für solche Aufnahmen durch den Bund abgegolten werden, so wie bereits bei der Aufnahme der Resettlement-Flüchtlinge durch die Stadt Bern.

Bern, 17. Januar 2024

Der Gemeinderat